



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2014/12606**
Datum: 05.03.2014
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Herr Johannes Krause
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	26.03.2014	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	22.04.2014 16.09.2014	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	30.04.2014 24.09.2014	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung von Klarnamen beim Bürgerhaushalt 2015

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Verwaltung trägt Sorge dafür, dass Vorschläge im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2015 nur unter Angabe des Klarnamens und einer Postadresse eingereicht werden können. Anonyme Vorschläge und Vorschläge aus anderen Gemeinden werden nicht aufgenommen.

gez. Johannes Krause
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Der Bürgerhaushalt soll die Kommunikation in beide Richtungen ermöglichen. Zum einen sollen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, ihre Vorschläge direkt an die Stadt zu adressieren. Zum anderen muss aber auch die Möglichkeit bestehen, Rückfragen zu stellen und über den Bearbeitungsstand der Vorschläge zu informieren. Gerade durch die Information über den Bearbeitungsstand zeigt die Stadt, dass sie die Vorschläge ernst nimmt und den Stand der Diskussion nachvollziehbar macht. Darüber hinaus soll der Bürgerhaushalt den Bürgerinnen und Bürgern einer Gemeinde ein Mitspracherecht einräumen, nicht aber denen anderer Gemeinden.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich I

13. März 2014

Sitzung des Stadtrates am 26. März 2014

Betreff: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung von Klarnamen beim Bürgerhaushalt 2015

Vorlagen-Nummer: V/2014/12606

TOP: 8.8.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Eine Kommunikation in beide Richtungen (Bürger/-innen → Verwaltung und Verwaltung → Bürger/-innen) ist im aktuellen Entwicklungsstand des Bürgerhaushaltes bereits problemlos möglich und gelebte Praxis.

Der Hauptschwerpunkt der Kommunikation läuft – wie der Name Dialogplattform bereits andeutet – über die Internetseite www.rechne-mit-halle.de.

Gerade die Anonymität gewährleistet eine objektive Behandlung der Bürgervorschläge. Denn so stehen die Vorschläge im Mittelpunkt und nicht der vorschlagende Bürger. Die gewährte Anonymität ermöglicht die freie Meinungsäußerung im Rahmen der Nutzungsbedingungen.

Die „Gefahr“, dass Personen aus anderen Gemeinden Vorschläge einreichen ist nicht auszuschließen, aber für den Bürgerhaushalt per se nicht nachteilig. Objektiv spricht nichts dagegen, dass ein sehr guter Vorschlag von einer Person, der die Stadt Halle offensichtlich am Herzen liegt und der positive Effekte auf den Haushalt hätte, in Halle diskutiert und eventuell angenommen wird.

Wenn ein Benutzer sich zurzeit registriert, was die Voraussetzung für das Einreichen von Vorschlägen, Kommentaren und Bewertungen ist, muss er eine gültige E-Mail-Adresse, einen Benutzernamen sowie den Vor- und Nachnamen angeben. In diesem Prozess kann der Bürger entscheiden, ob er eine Kommunikation mit der Verwaltung per E-Mail wünscht oder nicht. Bestätigt er dies, werden der Name und die E-Mail-Adresse für die Bearbeiter innerhalb der Stadtverwaltung sichtbar. Eventuelle Rückfragen zu den Vorschlägen können abhängig von dieser Entscheidung dann per E-Mail gestellt werden. Alternativ werden die Rückfragen öffentlich über die Plattform gestellt. Der Bürger kann dann darauf reagieren. Wenn seitens der Bürger keine Reaktion erfolgt, wird der Vorschlag nicht weiter behandelt. Die Vorschläge sind nach der Prüfung durch die Moderation öffentlich sichtbar und auch die Antworten der Verwaltung. Diese Antworten umfassen die Stellungnahme zum jeweiligen Vorschlag, den Status (umsetzbar/nicht umsetzbar), die Termine der Ausschuss- und Stadtratssitzungen inklusive der öffentlichen Einladung an alle interessierten Bürger und die

jeweiligen Entscheidungen der Gremien. Damit wird bereits größtmögliche Transparenz erreicht.

Der Vergleich mit anderen Bürgerhaushalten wie Berlin Lichtenberg, Solingen oder Köln – die auch oft als besonders gute Beispiele zitiert werden – zeigt, dass bei allen drei Bürgerhaushalten bei der Anmeldung/Registrierung die gleichen oder sogar weniger Pflichtfelder ausgefüllt werden müssen.

Egbert Geier
Bürgermeister

Finanzielle Auswirkungen: keine